

# Bauarbeiter stehen vor Entlassungen

Die kriselnde Baubranche im Land hofft, dass das nun verabschiedete Heizungsgesetz den Stau bei der Gebäudesanierung auflöst.

VON ANDREAS GELDNER

**STUTTGART.** Verunsicherung – das ist das Stichwort für die Lage der Bauwirtschaft in Baden-Württemberg. Die aktuellen Zahlen aus dem Sommer sprechen von einem Absturz, der sich noch beschleunigt hat. Sowohl im Wohnungsbau als auch im Hochbau für die Wirtschaft sind die Aufträge im Juni im Vorjahresvergleich jeweils um ein Viertel eingebrochen. „Nach den Bauferien haben wir auf einmal nichts mehr zu tun“, sagte Bernhard Sängler, Präsident der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg bei der Vorstellung des aktuellen Lageberichts aus der Branche.

Beim Wirtschaftsbau und Bauten für die öffentliche Hand überlagern noch einige Großaufträge noch den Trend. Insbesondere der öffentliche Hochbau hat in den ersten Monaten des Jahres in diesem Bereich für ein unerwartetes Umsatzplus von 43 Prozent gesorgt. Doch wenn man die Inflation berücksichtigt, sind die Umsätze der gesamten Branche preisbereinigt in diesem Zeitraum um 3,2 Prozent zurückgegangen. Und zum Jahresende dürfte die Gesamtbilanz nicht besser aussehen. Noch versuchten die Unternehmen ihre Fachkräfte zu halten. „Die weniger qualifizierten Mitarbeiter stehen aber vor Entlassungen“, sagte Sängler.

Verunsicherung – dafür hat vor allem auch die monatelange Debatte um das Gebäudeenergiegesetz gesorgt, das verkürzt als Heizungsgesetz bezeichnet wurde. Hier hat vor wenigen Tagen die Ampelkoalition nach monatelanger, hitziger Debatte nun Regelungen mit vielen Übergangsfristen und

Ausnahmen vor allem für Bestandsgebäude verabschiedet. Mit dem Paket ist die Bauwirtschaft insgesamt ganz zufrieden. Wenn es zum 1. Januar in Kraft trete, werde die augenblickliche Lähmung und das Abwarten hoffentlich überwunden werden, heißt es.

Denn trotz vom Bund auf 17 Milliarden Euro aufgestockten Fördergeldern für das Jahr 2023 sind angesichts der monatelangen Debatte um das so genannte Heizungsgesetz nicht nur die Investitionen in moderne Heizungen und Wärmepumpen abgestürzt, sondern auch die Ausgaben für die Gebäudeisolierung, die nur indirekt damit zu tun hat. Damit ist dieser stabilisierende Faktor für die Baukonjunktur vor allem aus politischen und psychologischen Gründen weggebrochen.

Mit dem Versuch, Versäumnisse beim Klimaschutz in der Vergangenheit rasch aufzuholen, hat die Regierung in Berlin nach Meinung der Baubranche im Land so genau das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht. „Die Menschen spüren ja, dass ihre Heizung nicht der Norm entspricht“, sagte Rainer König, Vizepräsident der Landesvereinigung Bauwirtschaft. Es sei auch unbestritten, dass die Klimaschutzziele im Gebäudesektor bisher Jahr um Jahr verfehlt würden. „Aber man darf hier keine Verbote aussprechen“.

Vor allem brauche es eine langfristige Perspektive für die Bürger: „Was heute gilt, muss auch in Zukunft gelten“. Ständige Änderungen führten nur dazu, dass erst einmal gar nicht investiert werde: „Die endlose Diskussion um das Heizungsgesetz habe die Menschen derart verunsichert, dass viele Menschen auch bei der Wärmedämmung zögern und abwarten, was da noch kommt.“

„Nach den Bauferien haben wir jetzt auf einmal nichts mehr zu tun.“

**Bernhard Sängler**, Präsident der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg



Auf dem Bau stehen viele Arbeitsplätze auf der Kippe.

Foto: imago/Rolf Poss

Nach der Verabschiedung des aktuellen Gesetzes müsse jetzt erst einmal wieder viel Aufklärungsarbeit betrieben werden. Vor allem gehe es darum, von der einseitigen Fixierung auf das Thema Heizung herunterzukommen. Sie sei nur ein einzelner Faktor beim Thema Klimafreundlichkeit von Gebäuden. „Erst dämmen, dann pumpen“, sagte König. Sinnvoll sei vor jeder Maßnahme in jedem Fall eine gründliche Beratung.

Positiv vermerkt die Bauwirtschaft, dass die Kommunen nun mehr Eigenverantwortung bekommen, dass sie etwa vorrangig die Fernwärme ausbauen können. Insbesondere im Bestand gibt es nun auch die Option wei-

terhin auch modernisierte Gas- und Ölheizungen einzubauen. Neue Technologien beim Bau wie der Einbau von wasser- und luftführenden Rohrleitungen durch Wände und Decken, die für Kühlung sorgten, gehörten stärker in den Blick. Auch mehr Grün in den Städten müsse einen Beitrag leisten.

Die Hoffnung der Branche richtet sich nun auf einen Gipfel im Kanzleramt am 25. September, der sich vor allem auf den Wohnungsbau konzentrieren wird. Hier fordert die Baubranche beispielsweise, bei Neubauten die geforderten Energiestandards abzusenken. Verbesserte steuerliche Abschreibungen Investoren sind bereits beschlossen.